



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

**Rede des Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
anlässlich des Neujahrsempfangs des Senats
am 17. Januar 2024**



Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Gäste,

ich begrüße Sie hier in der Oberen Halle unseres wunderschönen Rathauses im Namen des Senats zum Neujahrsempfang 2024 und wünsche ein gutes, erfülltes und vor allem auch gesundes neues Jahr. Ganz herzlich willkommen!

Ich begrüße

- unsere Bürgerschaftspräsidentin Antje Grotheer
- den Vorsteher der Stadtverordneten-Versammlung in Bremerhaven, Torsten von Haaren,
- die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft
- den Oberbürgermeister der Seestadt Bremerhaven, Melf Grantz,
- die Damen und Herren Stadtverordneten aus Bremerhaven,
- den Präsidenten des Staatsgerichtshofs, Peter Sperlich,
- sowie die Mitglieder des Konsularischen Korps aus Bremen, Hamburg und Hannover.

Ich heiße meine Amtsvorgänger Klaus Wedemeier und Carsten Sieling herzlich willkommen, ebenso wie meine Kolleginnen und Kollegen aus dem aktuellen Senat und die ehemaligen Senatorinnen und Senatoren.



Es freut mich ganz besonders, dass auch viele Repräsentantinnen und Repräsentanten aus unserer niedersächsischen Nachbarschaft den Weg zu uns gefunden haben. Nicht nur in Zeiten des Hochwassers spüren wir, dass die Menschen diesseits und jenseits der Landesgrenze eng miteinander verbunden sind.

Ich danke den Bremer Philharmonikern für die musikalische Umrahmung, sowie allen Frauen und Männern, die „hinter den Kulissen“ zum Gelingen dieses Neujahrsempfangs und zum Wohlfühlen aller Gäste beitragen.

Und last not least ist es mir eine große Freude, unseren heutigen Ehrengast willkommen zu heißen. Sie ist gelernte Ärztin, den meisten von Ihnen aber sicherlich als Journalistin, Moderatorin und Autorin bekannt - und als Expertin für den Nahen Osten.

Herzlich willkommen in Bremens guter Stube, liebe Gilda Sahebi. Schön, dass Sie unsere Zusammenkunft durch Ihre Gedanken bereichern werden. Wir alle freuen uns auf Ihren Vortrag.

Meine Damen und Herren,

ich habe es gerade schon erwähnt: In den letzten Tage des vergangenen Jahres und den ersten Tagen des neuen Jahres haben viele Bremerinnen und Bremer und Butenbremerinnen und Butenbremer mit Sorge auf die Wettervorhersage, den Dauerregen und die steigenden Pegelstände geschaut.

Lassen Sie mich das gleich zu Beginn betonen: Ich bin heilfroh, dass es bei Sachschäden geblieben ist und keine Menschen zu Schaden gekommen sind!



Dass Schlimmeres vermieden werden konnte, das haben wir vor allem unseren Einsatzkräften zu verdanken, die seit den Weihnachtstagen im Einsatz waren. Ob Ehrenamtliche oder Hauptberufliche, ob von der Feuerwehr, der Polizei, dem Deichverband oder dem THW.

Ich möchte mich bei jeder und jedem bedanken, die oder der selbstlos mit angepackt hat – und das auch an Weihnachten, Silvester und Neujahr, wenn sich eigentlich alle auf ein paar ruhige Stunde im Kreise der Familie freuen.

Lassen Sie mich deshalb im Namen des gesamten Senats sagen: Sie alle haben eine hervorragende Arbeit geleistet, davon habe ich mich vor Ort in Borgfeld und Timmersloh überzeugen können. Überaus beeindruckt hat mich auch das Ausmaß an nachbarschaftlicher Hilfsbereitschaft, Solidarität und Zuversicht, die man vor Ort mit Händen greifen konnte. Das war wirklich eindrücklich. Vielen, vielen Dank dafür!

Nachbarschaftliche Hilfe, auch über Landesgrenzen hinweg, Zusammenhalt und Solidarität - und wenn wir es noch weiterdenken: Weltoffenheit und Toleranz. Dafür stehen unsere beiden Städte Bremen und Bremerhaven.

Genau diese Einstellung war ein wesentlicher Grund dafür, warum wir die Krisen der vergangenen Jahre - ich würde mal sagen - ganz ordentlich gemeistert haben.

Für uns hört die Welt nicht an der eigenen Wohnungstür oder am eigenen Gartenzaun auf. Wir verstehen uns als Gemeinschaft. Wir wissen, dass man gemeinsam mehr schafft als alleine. Und genau das macht eine Gesellschaft stark und erfolgreich.



Meine Damen und Herren,

leider ist diese Geisteshaltung nicht mehr überall so ausgeprägt wie ich mir das wünschen würde.

Menschenfeindlichkeit und Hetze verfangen derzeit in einem besorgniserregenden Ausmaß in den Köpfen und Herzen der Menschen. Bundesweit gelingt es rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften erfolgreich Stimmung zu machen - gegen Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mit Sorge blicke ich auf die Ergebnisse der *vergangenen* und auf die Prognosen für die *kommenden* Wahlen, auf die teils fragwürdigen Entwicklungen unserer Protest- und Demonstrationskultur und insbesondere auch auf die jüngsten Rechercheergebnisse der Journalistinnen und Journalisten von Correctiv.

Das Geheimgespräch von Neonazis und AfD-Politikern, in dem ein Plan für die Vertreibung von Millionen von Menschen aus unserem Land ausgeheckt wurde, markiert einen vorläufigen Tiefpunkt der Entwicklung.

Man könnte die Haltung einnehmen, dass dieser Plan so absurd ist, dass es gar nicht lohnt, ernsthaft darauf einzugehen. Ich sehe das anders. Denn ja, der Plan ist absurd, das stimmt. Aber dennoch verbreitet er Angst. Es ist in diesen Tagen deutlich zu spüren, dass sich viele Menschen mit Migrationsgeschichte in unserem Land dadurch ganz persönlich in ihrem Existenzrecht in Frage gestellt fühlen.

Das ist abscheulich und durch nichts zu rechtfertigen. Und deshalb sind hier alle demokratischen Kräfte von rechts bis links gefordert klar Stellung zu beziehen und deutlich zu machen: Dieser Angriff auf Bremerinnen und Bremer, auf Bremerhavenerinnen und Bremerhavener, auf Menschen mit Migrationsgeschichte bundesweit ist ein Angriff auf uns alle, auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und muss mit allen geeigneten und notwendigen Mitteln abgewehrt und zurückgewiesen werden!



Meine Damen und Herren,

was aber sind in der gegenwärtigen Situation die geeigneten und notwendigen Mittel demokratischer Politik?

Das wird derzeit überall intensiv diskutiert und ich glaube niemand kann für sich in Anspruch nehmen, ein Patentrezept zu haben, auch ich nicht. Aber ich habe eine Meinung dazu. Und aus meiner Sicht stellen sich derzeit drei große Aufgaben:

Wir müssen, erstens, die drängenden tatsächlichen Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft lösen und unser Land zukunftsfest machen.

Um einen Punkt exemplarisch herauszugreifen: Wir haben in Deutschland im letzten Jahrzehnt viel zu wenig in Produktion und Infrastruktur investiert, viel zu viel auf Verschleiß gefahren. Das gilt sowohl für den öffentlichen als auch für den privaten Bereich. Diese Entwicklung muss dringend umgekehrt werden. Wenn wir unsere Wirtschaft konkurrenzfähig halten, den Klimawandel bekämpfen, Arbeitsplätze schaffen und sichern wollen und damit den sozialen Zusammenhalt gewährleisten wollen, dann brauchen wir: Investitionen, Investitionen und nochmal Investitionen.

Und dafür müssen wir dann auch die notwendigen Finanzmittel mobilisieren. Das gilt insbesondere für ein so stark industriell geprägtes Land wie Bremen.

Es ist doch bemerkenswert, dass unter anderem der Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft derzeit geradezu flehentlich immer wieder dafür wirbt, einen 400 Milliarden schweren kreditfinanzierten Infrastrukturfonds auf Bundesebene aufzulegen. Der macht das ja nicht, weil er so ein großer Freund der Ampel ist, sondern weil er sich Sorgen um die Zukunft Deutschlands macht. Diese Sorge teile ich ausdrücklich und deshalb finde ich auch seinen Vorschlag sehr bedenkenswert.



Meine Damen und Herren,

eine gute Sachpolitik ist also unbedingt erforderlich, um unser Land zukunftsfest zu machen. Sie reicht aber als Antwort auf die gegenwärtige Polarisierung und Rechtsentwicklung unserer Gesellschaft nicht aus.

Wir müssen, zweitens, die Menschen auch emotional für demokratische Politik erreichen und gewinnen.

Der Philosoph Ernst Bloch hat das Problem schon zu Zeiten der Weimarer Republik auf den Punkt gebracht. Sinngemäß sagte er damals:

„Die Nazis lügen den ganzen Tag, aber sie reden mit ihren Lügen zu den Menschen.

Die Antifaschisten sagen viele richtig Dinge, aber sie reden den ganzen Tag nur über Sachen.“

Was er damit sagen wollte ist, dass es die vielleicht größte Herausforderung demokratischer Politik ist, neben dem Kopf auch das Herz, den Bauch und die Seele der Menschen zu erreichen. Notwendig ist dazu die Bereitschaft ernsthaft zuzuhören und sich ernsthaft auf die Argumente und Emotionen des Gegenübers einzulassen, auch und gerade wenn diese das eigene Weltbild herausfordern und Abwehr provozieren. Es geht am Ende immer darum, soziale Resonanz herzustellen.

Das bedeutet nicht, das Ideal einer harmonischen Gesellschaft zu propagieren. Das wäre ein Trugschluss. Gesellschaftlicher Zusammenhalt kann nur dadurch entstehen, dass Auseinandersetzungen offen ausgetragen werden. Eine Gesellschaft ohne Konflikte, das wäre eine totalitäre Vision.

Allerdings, wie Paracelsus sagt: „Die Dosis macht den Unterschied.“ Am Ende kann auch eine plurale Gesellschaft Konflikte nur bis zu einem gewissen Grad aushalten.



Die im Grundgesetz niedergelegten Werte und Regeln sind für alle verbindlich und müssen von allen eingehalten werden. Sie sind nicht verhandelbar.
Dies bringt uns zur dritten zentrale Aufgabe demokratischer Politik:

Wenn in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung die Grenzen des rechtlich und politisch Erträglichen überschritten werden, muss ein klares Stoppzeichen gesetzt werden.

Insbesondere gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, gegen alle Formen von Terror, gegen alle Formen militärischer Aggression - ob national oder international. Wir müssen eines immer wieder deutlich machen: Unsere Demokratie muss nicht nur freiheitlich, sondern auch wehrhaft sein!

Meine Damen und Herren,

der Chefpropagandist der Nazis, Josef Goebbels, hat 1935 gesagt und damit die Weimarer Republik verhöhnt:

„Das wird immer einer der besten Witze der Demokratie bleiben, dass sie ihren Todfeinden die Mittel selber stellte, durch die sie vernichtet wurde.“

Lassen sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass nie wieder jemand die Gelegenheit haben wird, Vergleichbares über unsere Demokratie zu sagen. Lassen sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auch künftig die Grundwerte unseres Landes bleiben. Lassen sie uns gemeinsam für eine Gesellschaft eintreten, in der alle Menschen ihren Platz haben.

Am kommenden Sonntag sind wir alle aufgerufen, ein Zeichen für Zusammenhalt und Miteinander zu setzen. Ich freue mich, wenn ich Sie, wenn wir uns auf dem Bremer Marktplatz treffen.

In diesem Sinne: Auf ein gutes Jahr 2024!